

Dr. Jürgen Pfister



Marschnerstrasse 33 ♦ D-40593 Düsseldorf ♦ Germany
Tel. 0211-7794094 ♦ mobil 0171-4051645
eaPfister.wp08@t-online.de

Offener Brief an die
Beigeordnete für Kultur und Integration
Frau Miriam Koch
Zollhof 13
40221 Düsseldorf

Vorab via mail: miriam.Koch@duesseldorf.de

Düsseldorf, den 27.11.2023

Sehr geehrte Frau Koch,

wir, die 30 Unterzeichner dieses Briefes, engagieren uns seit vielen Jahren in der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung und -integration. Mit großer Sorge haben wir der Presse und den sozialen Medien entnommen, dass die Mehrheitsfraktionen im Düsseldorfer Stadtrat planen, die Mittel für die soziale Betreuung geflüchteter Menschen in den städtischen Unterkünften zum Jahresbeginn 2024 um 2 Millionen € drastisch zu reduzieren. **Ihrem Vorschlag folgend würden dann die 25 Sozialarbeitsstellen für die Beratung und Betreuung von aktuell 3000 Geflüchteten in den kommunalen Unterkünften ersatzlos entfallen!**

Die Sozialarbeiter*innen in den städtischen Unterkünften fördern die Eingliederung der geflüchteten Menschen in die Stadtgesellschaft sowie ihre zügige Vermittlung in Wohnraum und Arbeit. Sie beraten die Menschen bei Fragen zu Aufenthaltsrecht, Kinderbetreuung und Schule und begleiten insbesondere Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf zu Amtsbesuchen. In den kommenden zwei Jahren werden für Düsseldorf noch einmal bis zu **3000 neue Geflüchtete** erwartet. Etwa **ein Drittel der geflüchteten Menschen hat einen erhöhten Hilfebedarf**, weil sie psychisch oder körperlich krank oder schwerbehindert sind. Hinzu kommen unbegleitete Minderjährige, Analphabeten und Leute aus Ländern, für die es keine Dolmetscher gibt. **Diese Menschen benötigen dringend eine aufsuchende Sozialhilfe, die nur in den Unterkünften vor Ort geleistet werden kann.** Leider ist allein dies schon bei der derzeitigen Personalausstattung nicht zufriedenstellend möglich. **Wie Sie, sehr geehrte Frau Koch, angesichts dieser Situation von einer „Überausstattung bei der sozialen Betreuung“ sprechen können, können wir in keiner Weise nachvollziehen.**

Eine weitere Aufgabe der Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften ist es, bei Konflikten zwischen den geflüchteten Menschen zu vermitteln, friedliche Konfliktlösungen zu befördern und ein Miteinander der Menschen aus unterschiedlichen Ethnien, Kulturen und Religionen zu ermöglichen. Sie tragen in den Unterkünften wesentlich zur Sicherung des sozialen Friedens bei. **Es ist mehr als naiv, ja fahrlässig, dass Sie, sehr geehrte Frau Koch,**

diese Aufgabe künftig dem „Sicherheitsdienst“ überlassen wollen, der für eine professionelle Konfliktbearbeitung und -beilegung in keiner Weise ausgebildet ist.

Die Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften fungieren als **Lotsen**, die die geflüchteten Menschen abholen und sie an die sozialen Angebote der Kommune und der Wohlfahrtsverbände heranzuführen. Sie sind die Schnittstellen zwischen den städtischen Strukturen und den Geflüchteten wie auch zu der Nachbarschaft im Umfeld der Unterkünfte und zu den ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen. **Mit dem geplanten Abbau der Sozialarbeiterstellen in den Unterkünften verlieren auch wir ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen unsere Andockstellen zu den Geflüchteten.**

Sehr geehrte Frau Koch,

Sie möchten, dass „...**die Beratung nicht mehr in den Unterkünften, sondern außerhalb bei den städtischen Anlaufstellen erfolgt**“. Bei der Betreuung und Beratung wollen Sie stärker auf Konzepte wie die „Alltagshelfer“ und die „Welcome Points“ setzen. **Dabei lassen Sie völlig offen, wie diese „Umstrukturierung“ realisiert werden soll**, welche „Anlaufstellen“ hier gemeint sind und wie insbesondere die Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf dort eine Betreuung und Beratung in „Eigeninitiative“ aufsuchen sollen:

- Meinen Sie die überlasteten **Regeldienste, Bezirkssozialdienste**, die **Bürgerbüros** oder etwa die **Ausländerbehörde**, die man nur per Kontaktformular erreichen, aber nicht einfach „anlaufen“ kann?
- Oder meinen Sie die **Welcome Points, deren Mittel Sie jüngst so drastisch reduziert haben**, dass im nächsten Jahr mehrere davon schließen müssen?
- Haben Sie bedacht, dass auch „Alltagshelfer“ zunächst angeworben und bezahlt werden müssen?
- Oder setzen Sie darauf, dass **ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen** die zunehmende **Integrationsarbeit** ohnehin klaglos weiter **für Gotteslohn** verrichten werden?

Sehr geehrte Frau Koch,

nach der kürzlich auch von Ihnen mitverantworteten **Mittelkürzung bei den Welcome Points** ist die geplante **Streichung der Sozialarbeitsstellen** in den Unterkünften nun der **zweite schwere Schlag gegen die Flüchtlings- und Integrationsarbeit in dieser Stadt**. Sie reflektieren in keiner Weise, welche Folgen Ihre **fachlich nicht durchdachten „Einsparungspläne“** für die geflüchteten Menschen und für die Bürger dieser Stadt haben. Diese Pläne zeugen vielmehr von einer **groben Verkennung der sozialen Lage der geflüchteten Menschen** in den Unterkünften und einer **Verletzung der staatlichen Fürsorgepflicht** gegenüber allen Bürger*Innen dieser Stadt. Wir sehen darin eine **gravierende Schwächung der Integrationskräfte** in dieser Stadt und eine **erhebliche Gefährdung des sozialen Friedens in den Unterkünften**.

Sehr geehrte Frau Koch,

in einer anderen Zeit haben Sie sich unter dem Motto „**Respekt und Mut**“ einmal dafür eingesetzt, „...Migrantinnen und Migranten, Geflüchteten und Obdachlosen einen umfassenden Service durch kurze Wege anzubieten, um den Zugang zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe zu erleichtern.“ Mit großem Bedauern müssen wir feststellen, dass der **Respekt** vor der sozialen Lage der geflüchteten Menschen in den Unterkünften offenbar schwindet und dass es **in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer Strömungen** an dem erforderlichen **Mut** fehlt, **sich gegen den „Zeitgeist“ zu stellen** und sich mutig für eine nachhaltige Integration unserer neuen Mitbürger*innen einzusetzen.

Sehr geehrte Frau Koch,

Die Unterzeichner dieses Briefes fordern Sie dringend auf, die geplante Mittelstreichung für die Sozialarbeitsstellen in den Flüchtlingsunterkünften zurückzunehmen und zukünftig allen Versuchen, finanzielle Mittel oder Stellen im Integrationsbereich zu kürzen bzw. abzubauen, mutig und entschieden entgegenzutreten

Mit sehr besorgten Grüßen



(Dr. Jürgen Pfister)

Mitunterzeichner:

Mahaa Almahmoud
Hameed Al-Obaidi
Dagmar Berkin
Elke Bou
Ruth Erlemann
Martina Huetten
Cornelie Junghans
Sissi Krenn
Peter Kröger
Rosemarie Koslowski

Birgit Kuhlmeier
Ditmar Kuhlmeier
Hilde Lehr
Uwe Marquardt
Doris Massong
Willi Meilert
Christoph Nachtigaeller
Eva Parke
Vera Pavlovic
Birgitta Ruhland

Thomas Schönfelder
Klaus Schmidt
Ursula Sondermann-Witt
Christa Tebbe
Torsten Thiel
Brigitte Vogelsang
Manfred Werner
Tatjana Wilhelm
Horst Zaar